

Trotz Geldsorgen wird Etat aufgestockt

LVZ
9.2.07

Trägerversammlung der Arge setzt verstärkt auf Weiterbildung / Drohende Sammelklage ist vom Tisch

Die Stadt Leipzig und die Arbeitsagentur setzen verstärkt auf berufliche Weiterbildung. In der gestrigen Trägerversammlung ihrer gemeinsamen Arbeitsgemeinschaft (Arge) zur Betreuung Langzeitarbeitsloser haben sich Vertreter beider Seiten unter Leitung von Oberbürgermeister Burkhard Jung darauf verständigt. Denn Weiterbildung sei ein Schlüssel zum vorrangigen Ziel, der Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Obwohl der Arge weniger Geld vom Bund als 2006 zur Verfügung steht, wird der Etat für berufliche Qualifikationen um zwei Millionen Euro auf 11,4 Millionen Euro nach oben geschraubt.

Wie das? Jung: „Die positive Entwicklung beim Mittelstand und die Ansiedlungseffekte waren Grundlage für die Entscheidung, trotz Mittelkürzungen den Haushaltsansatz für Leistungen der beruflichen Weiterbildung zu erhöhen.“ Mit Hilfe dieser Gelder sollen Fachkräfte im gewerblichen Bereich, insbesondere für den Mittelstand, eingesetzt werden –

vor allem in den Gebieten Elektrotechnik, Metall (Schweißer) und Lager/Logistik. „Hier sind verstärkt Nachfragen von Unternehmen zu verzeichnen, welche spezielle Qualifikationen von Arbeitssuchenden erfordern“, so Agentursprecher Hermann Leistner.

Problematisch gestaltet sich die Lage weiterhin auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Die vom Bund für 2007 bereitgestellten Haushaltsmittel für Eingliederungsleistungen betragen nur 77,8 Millionen Euro – zehn Prozent weniger als erwartet. 2006 hatte es noch 9,2 Millionen Euro mehr gegeben (die LVZ berichtete). Viele Leipziger Vereine fürchten

deshalb heftige Einschnitte. Denn etliche Projekte stemmen sie mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) der Arge. Um drohende Stellenkürzungen abzuwenden, hat der Bürgerverein Messemagistrale für Montag, 18 Uhr, ein Forum für Vereine und Bürger in der Straße des 18. Oktober, 10a, einbe-

rufen, zu dem auch die Bundestagsabgeordneten Manfred Kolbe (CDU), Monika Lazar (Grüne) und Rainer Fornahl (SPD) eingeladen wurden.

Die Trägerversammlung gibt sich derweil optimistisch. Trotz der schwierigen finanziellen Situation will sie genauso viele ABM wie 2006 verwirklichen: 3000. Die Hoffnung auf Nachzahlungen vom Bund ist noch nicht gestorben. Mit dem bereits sicheren Geld sollen zunächst einmal 1300 Ein-Euro-Jobs umgesetzt werden, die meist langfristig angelegt sind und einen Klebeffekt im ersten Arbeitsmarkt ermöglichen, beispielsweise Altenpflege. Hinzu

kommen 2100 ABM. Bei diesen stehe für Vereine und freie Träger das gleiche Niveau an Mitteln wie 2006 zur Verfügung, versprechen Stadt und Agentur. Kürzungen erfolgten vordergründig im Bereich städtischer ABM. Welche das genau sind, konnte Rathaus-Sprecher Steffen Jantz gestern Abend noch nicht sagen: „Das ist noch zu klären.“

Geklärt ist dagegen offenbar die angeordnete Sammelklage gegen die Arge. Sie war Anfang des Monats angekündigt worden. Vorwürfe: Nötigung und Erpressung. Nach LVZ-Informationen handelt es sich aber nur um Strafanzeige eines Einzelnen. Die keine Folgen haben wird. „Die Staatsanwaltschaft sieht von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ab, da keine zureichenden Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat ersichtlich waren“, so ihr Sprecher Ricardo Schulz. Es sei derzeit die einzige Klage, die sich allgemein gegen die Arge richtet.

Peter Krutsch

In Leipzig keine Wohnraumsperre bekannt

Fälle wie in Löbau, Halle, Dessau und Magdeburg, wo Vermieter einzelne Zimmer absperren, damit Hartz-IV-Bezieher im Kostenrahmen bleiben und nicht ausziehen müssen, sind in Leipzig bisher nicht bekannt. Das sagte Michael Lange, Vizechef der zuständigen Arbeitsgemeinschaft (Arge) gestern auf Anfrage. „Ich kenne keine solchen Fälle in Leipzig, auch noch keine Anfragen von Vermietern in dieser Richtung.“ Er halte das Zimmerabsperren für nicht erstre-

benswert, weil dadurch neue Probleme entstehen könnten, so Lange. „Wenn der abgeschlossene Raum heimlich genutzt wird, steigen die Betriebskosten. Wir als Arge müssten dann prüfen, ob die Kosten noch übernahmefähig sind.“

Für die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft (LWB) schloss Sprecher Gregor Hoffmann solche Überlegungen aus: „Unsere Wohnungsbestände sind so vielfältig – das brauchen wir nicht.“ jr